

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Verkehr und Gesundheit

Sitzungstermin:	Montag, 06.03.2023
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	20:05 Uhr
Ort, Raum:	Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Frau Rosemarie Jahn

Herr Felix Frahm

Herr Raimund Schulz

Herr Nils Böttger

Vertretung für: Herrn Jonas Hö-
vermann

Herr René Bülow

Frau Angelika Hahn-Fricke

Herr Marek Krysiak

Frau Manuela Brendel

Frau Diane Brüggemann

Herr Uwe Gade

Herr Wolfram Zetzsche

Herr Holger Weihe

Herr Matthias Ziebuhr

Vertretung für: Herrn Michael
Hamer

Herr Michael Vollmer

Herr Reis RKiSH

Herr Mau, Kreisfeuerwehr

Herr Schröder FBL Ordnungswesen, Straßenverkehr,
Verbraucherschutz

Frau Dr. Emken FDL Gesundheit

Herr Lorenzen FDL Feuerwehrwesen Zivil- und Kata-
strophenschutz, Rettungsdienst

Frau Stürwohltd FDL Soziale Sicherung

Herr Dr. Herzmann, FD Gesundheit

Frau Krüger Gremien, Kommunikation, Controlling

Abwesende:

Herr Jonas Hövermann

-

Herr Michael Hamer

-

Herr Werner Gohl

-

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.11.2022
- 3 Bericht der RKiSH (Präsentation)
- 4 Berichte der Verwaltung
 - 4.1 Sachstand zur Situation Geflüchteter im Kreis Segeberg (mündlicher Bericht)
 - 4.2 Sachstand Sicherstellung Hausärztliche Versorgung
Vorlage: DrS/2023/047
 - 4.3 Sachstand zur modellhaften Erprobung präventiver Hausbesuche und senio-
renbezogenen Sozialraumarbeit auf Amtsebene (mündlicher Bericht)
 - 4.4 Schlüsselkennzahlenbericht IV/2022
Vorlage: DrS/2023/021
- 5 Beratung und/oder Beschlussfassung
 - 5.1 Mitgliedschaft des Kreises Segeberg in der Schleswig-Holsteinischen Gesell-
schaft zur Verhütung und Bekämpfung der Tuberkulose und der Lungen-
krankheiten e.V. (TBCEV)
Vorlage: DrS/2023/020
 - 5.2 Beschaffung der Stabs- und Führungssoftware MetropolyBOS für die Amts-
führungsstellen der Ämter und Gemeinden im Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2023/043
 - 5.3 Antrag der Freie Wähler-Fraktion: Projekt "Bürger helfen Bürgern"- Aktivie-
rung des bürgerschaftlichen Engagements für den Katastrophenschutz
Vorlage: DrS/2023/041
- 6 Verschiedenes
 - 6.1 Informationen und Anfragen
 - 6.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Protokoll:

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung. Diese gilt damit als genehmigt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.11.2022

Herr Frahm teilt mit, dass er unter TOP 4.11 (Seite 12) falsch zitiert worden sei. Er habe nicht „Bürger*innen“ gesagt, sondern „Bürger“ und beantragt eine Protokolländerung. Er halte den protokollierten Satz für ein indirektes Zitat. Seitens der Verwaltung erfolgt der Hinweis, dass keine Zitate sondern lediglich sinngemäße Wiedergaben protokolliert werden und laut Kreistagsbeschluss das Gendersternchen in allen Schriftstücken der Verwaltung zu verwenden ist.

Frau Jahn lässt über eine entsprechende Protokolländerung abstimmen. Diese wird mit 11 Nein- und 1 Ja-Stimme abgelehnt.

Das Protokoll wird mit einer Gegenstimme genehmigt.

zu 3 Bericht der RKiSH (Präsentation)

Herr Reis stellt den Bericht der RKiSH anhand einer Präsentation vor. Diese ist dem Protokoll angehängt.

Frau Hahn-Fricke erkundigt sich nach dem Stand des geplanten Schulungszentrums

in Kaltenkirchen. Herr Reis teilt mit, dass der erste Entwurf vorliege und mit Bürgermeister Krause über den Planungsstand gesprochen worden sei. Es gebe Probleme, da keine Parkplätze zur Verfügung stehen und neben 100 Azubis auch Fortbildungsteilnehmer*innen mit dem Auto anreisen werden.

Auf Nachfrage von Herrn Weihe bekräftigt Herr Reis, dass die Einsätze ohne Transport stetig steigen würden. Dies liege unter anderem am demografischen Wandel, aber auch daran, dass die hausärztliche Versorgung schlechter werde und es immer mehr Single-Haushalte gebe. Viele möchten nicht ins Krankenhaus gebracht werden, rufen aber aus Not die 112 an. Der Rettungsdienst sei sehr gut ausgestattet und könne oft helfen. Es gebe grundsätzlich keine Versorgungslücken beim Rettungsdienst im Kreis. Im Dezember sei es aufgrund sehr hoher Krankenstände der Mitarbeiter*innen zu Engpässen gekommen, hier hätten die Träger aber unterstützt.

Frau Hahn-Fricke berichtet, dass bei einer Veranstaltung in Norderstedt darüber gesprochen worden sei, dass die Feuerwehr den Rettungsdienst in der Stadt übernehmen wolle. Herr Reis erklärt, dass diese Entscheidung vom Kreis als Aufgabenträger getroffen werden müsse. Er könne sich vorstellen, dass Überlegungen angestellt worden seien, Rettungssanitäter im Rahmen einer Berufsfeuerwehr zu beschäftigen. Herr Schröder ergänzt, dass eventuell im Rahmen des Gutachtens zur Kreisfreiheit der Stadt Norderstedt darüber nachgedacht worden sei. Ihm sei aber diesbezüglich ebenfalls nichts bekannt.

zu 4 Berichte der Verwaltung

zu 4.1 Sachstand zur Situation Geflüchteter im Kreis Segeberg (mündlicher Bericht)

Herr Schröder berichtet, dass im Jahr 2022 rund 3.000 Geflüchtete aus der Ukraine und 700 aus anderen Ländern in den Kreis Segeberg aufgenommen worden seien. Die Zahlen der „sonstigen Asylsuchenden“ seien steigend. Für 2023 werden etwa 1.000 Ukrainer*innen erwartet und 1.200 Personen aus anderen Ländern. Der Druck bei den Kommunen sei sehr hoch, da es keine Unterbringungsmöglichkeiten mehr gebe. Man habe ständig Kontakt zu den Kommunen, Borstel werde als Puffer genutzt. Die Abarbeitung sei sowohl in den Kommunen als auch beim Kreis in der Ausländerbehörde und dem Fachdienst Grundsatz- und Koordinierungsangelegenheiten, Soziales und Integration sehr personalintensiv und herausfordernd.

zu 4.2 Sachstand Sicherstellung Hausärztliche Versorgung Vorlage: DrS/2023/047

Frau Dr. Emken berichtet, dass die Ärztegenossenschaft nach dem Vergabeverfahren nun der zentrale Ansprechpartner sei. Es habe bereits zwei Sitzungen gegeben

um noch mehr Attraktivität zu erreichen. Es sei überlegt worden, wo man sich präsentieren könne, um z. B. Student*innen anzuwerben. Insgesamt sei festzustellen, dass die jetzige Generation mehr Work-Life-Balance fordere. So werden beispielsweise nach einer Beförderung eher die Stunden reduziert, um bei gleichem Gehalt mehr Freizeit zu erhalten. Dies sei nachvollziehbar, helfe aber nicht, dem bestehenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Es sei bisher nur eine Weiterbildungsärztin mit Bindung gefunden worden. Dennoch gebe es weitere Interessent*innen und zwei Ärzte seien ohne Bindung in den Kreis Segeberg gekommen. Diese werden im Rotationsverfahren in mehreren Praxen eingesetzt. Was gerne angenommen werde, sei der Wohngeldzuschuss und bei der Beantragung würde man gut mit den Ärzt*innen ins Gespräch kommen. Es gebe mehrere „Umdisponierer“, die nach einem anfänglichen Facharztstudium zu einem späteren Zeitpunkt zum Hausarzt umschwenken.

Für das 2. Quartal 2023 sei geplant, die niedergelassenen Ärzt*innen mit den Kolleg*innen der Kliniken zu vernetzen. Für das 2. Halbjahr 2023 sei geplant, die Politik zu einem Austausch einzuladen. Auf der Seite der WKS gebe es Informationen zu dem Thema. Frau Dr. Emken bittet um Rückmeldung zu Verbesserungsvorschlägen.

Problematisch bei der Patientenversorgung sei die Bundesgesetzgebung, durch die Praxen keine weiteren Vergütungen für neue Patient*innen erhalten würden. Dies führe dazu, dass keine neuen Patient*innen in den Praxen aufgenommen und diese damit nicht versorgt werden. Hier könne der Kreis leider nicht unterstützen und auch keine ärztliche Versorgung z. B. von Geflüchteten vornehmen. Auf Nachfrage von Herrn Krysiak teilt Frau Dr. Emken mit, dass es immer mehr Einwohner*innen gebe, die keinen Hausarzt hätten. Eine Alternative würden die Anlaufpraxen bieten oder es werde auf Fachärzte ausgewichen. Herr Weihe spricht sich dafür aus, auf die Parteien im Bundestag Einfluss zu nehmen, denn die Situation müsse dringend verbessert werden.

Frau Hahn-Fricke lobt den bisherigen Verlauf des Projekts. Sie erklärt, dass das Wohngeld nach ihrer Erinnerung an die Teilnahme am Programm gekoppelt sei. Frau Dr. Emken teilt mit, dass es zwei verschiedene Sachverhalte gebe. Zum einen werden gemäß Beschluss bis zu fünf Plätze im Klinikbereich finanziert. Zum anderen gebe es die Ärzte in den Praxen, deren Klinikzeit bereits absolviert sei. Für diese Ärzt*innen gebe es keine Möglichkeit, einen Vertrag abzuschließen. Konkret gebe es zur Zeit zwei Ärzte, die das Wohngeld in Anspruch nehmen und in absehbarer Zeit eine Hausarztpraxis im Kreis übernehmen werden. Die Zusammenarbeit mit den Unis in Kiel und Lübeck zahle sich positiv aus und es zeichne sich ab, dass eine frühe Bindung der Studierenden an den Kreis positiv sei. Im Kreis Segeberg gebe es mehr Weiterbildungsassistenten, als in anderen Kreisen. Das zur Verfügung stehende Auto für die Praktikanten werde sehr gut angenommen und ein weiteres Auto würde mit Sicherheit ebenfalls gut genutzt werden. Eine Alternative könne ein E-Bike sein.

Auf Nachfrage von Frau Brüggemann teilt Frau Dr. Emken mit, dass grundsätzlich zur hausärztlichen Versorgung auch die kinderärztliche Versorgung zähle. Im Bereich der Kinderärzte gebe es ähnliche Engpässe wie bei den Hausärzten.

zu 4.3 Sachstand zur modellhaften Erprobung präventiver Hausbesuche und seniorenbegleitender Sozialraumarbeit auf Amtsebene (mündlicher Bericht)

Frau Stürwoldt erläutert, dass das Projekt aus personellen Gründen noch nicht weit fortgeführt werden konnte. Eine Schlüsselposition im Fachdienst sei zur Zeit unbesetzt und sie rechne mit einer befristeten Besetzung in Kürze. Außerdem seien über die Aktivregion Holsteins Herz Fördermittel beantragt worden und die neue Förderperiode starte erst am 01.04.2023, so dass kein Zeitverlust entstanden sei. Mit einem Zuwendungsbescheid sei im Herbst zu rechnen.

Frau Hahn-Fricke bemängelt, dass offenbar gar nicht am Projekt gearbeitet worden sei und es bisher keinen Zwischenbericht zum Sachstand gegeben habe. Auch eine Vorlage sei nicht erstellt worden, was die Vorbereitung auf den Tagesordnungspunkt ausgeschlossen habe. Der ursprüngliche Antrag sei seitens der FDP-Fraktion im OVG gestellt worden, zwischenzeitlich habe es nur einen Bericht im Sozialausschuss gegeben. Frau Stürwoldt teilt mit, dass der Sachstand noch der gleiche sei, wie in DrS/2022/177 dargestellt. Ihr Auskunftsstand sei, dass Dr. Schmidt und Frau Jahn sich abgestimmt hätten, den Sachstandsbericht im Herbst 2022 im Sozialausschuss zu präsentieren. Frau Jahn erklärt, dass es keine Absprache gegeben habe. Frau Stürwoldt teilt weiter mit, dass die Entwicklung von der Gemeindeschwester zu den präventiven Hausbesuchen sich so gestalten sollte, dass dieses thematisch eher in den Sozialausschuss gehöre. Es gehe um frühzeitiges Aufsuchen und die Information über bestehende Angebote. Die gesundheitliche Versorgung im engeren Sinne sei in den Hintergrund gerückt.

Auf Nachfrage von Frau Jahn teilt Frau Stürwoldt mit, dass die Stadt Norderstedt seinerzeit die Idee des Kreises aufgegriffen habe. Dort sei man allerdings in der Projektumsetzung bereits weiter als der Kreis. Frau Jahn zeigt sich unzufrieden mit dem Verlauf des Projektes und bittet darum, dieses in der künftigen Wahlperiode unbedingt in die Umsetzung zu bringen.

zu 4.4 Schlüsselkennzahlenbericht IV/2022 Vorlage: DrS/2023/021

Herr Schröder berichtet, dass die Wohn- und Pflegeaufsicht 95 % der Regelkontrollen durchgeführt habe. Es sei sichtbar, dass die Personalaufstockung Wirkung zeige. Herr Schulz und Frau Hahn-Fricke begrüßen dies ausdrücklich.

zu 5 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 5.1 Mitgliedschaft des Kreises Segeberg in der Schleswig-Holsteinischen Gesellschaft zur Verhütung und Bekämpfung der Tuberkulose und der Lungenkrankheiten e.V. (TBCEV) Vorlage: DrS/2023/020

Herr Dr. Herzmann teilt auf Nachfrage von Herrn Schulz mit, dass es um die Fürsorge für Lungenkranke gehe. Auf Amrum werde beispielsweise eine Klinik betrieben, es werden Pollenflugmessungen oder Beratungen bei TBC durchgeführt. Weiter werden Forschungsprojekte unterstützt und ein Register über TBC Erkrankte geführt.

Herr Weihe weist darauf hin, dass die Anzahl der TBC-Erkrankten durch die Geflüchteten aus der Ukraine zugenommen habe. Frau Hahn-Fricke bittet um regelmäßige Berichte im OVG durch Herrn Herzmann.

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für Ordnung, Verkehr und Gesundheit und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag beschließt den Beitritt des Kreises Segeberg in der Schleswig-Holsteinischen Gesellschaft zur Verhütung und Bekämpfung der Tuberkulose und der Lungenkrankheiten e.V. (TBCEV) zum 01.04.2023.
2. Der Kreis Segeberg entsendet Herrn Dr. Christian Herzmann als Vertreter in die Mitgliederversammlung des TBCEV.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
Die LINKE	1			1
Gesamt	12			12

Pause: 19:10 – 19:30 Uhr

zu 5.2 Beschaffung der Stabs- und Führungssoftware MetropolyBOS für die Amtsführungsstellen der Ämter und Gemeinden im Kreis Segeberg Vorlage: DrS/2023/043

Herr Schröder führt in die Vorlage ein. Herr Gade erkundigt sich, ob sichergestellt sei, dass alle das System nutzen und ob es regelmäßige Übungen gebe. Herr Mau

teilt mit, dass alle Amtswehrführer sich für die Nutzung der Software ausgesprochen hätten. Diese biete viele Möglichkeiten, die jetzt nicht gegeben seien. Herr Lorenzen ergänzt, dass die Führungsgruppen regelmäßige Übungen durchführen würden. Das DRK und die Leitstellen des THW seien ebenfalls angebunden. Eine Nutzung durch die Polizei sei aus Datenschutzgründen nicht möglich.

Herr Mau ergänzt, dass es durch die Software möglich werde, große Lagen durch mehrere Einsatzkräfte zu betreuen und mehr Fachberater könnten die Lage beurteilen. Zudem werde der Informationsfluss für die Amtsebene deutlich besser und schneller.

Beschlussvorschlag:

Der OVG-Ausschuss und der Hauptausschuss empfehlen dem Kreistag, die Beschaffung der Stabs- und Führungssoftware MetropolisBOS für die Amtsführungsstellen der Ämter und Gemeinden im Kreis Segeberg zu beschließen.

Der Hauptausschuss beschließt die Ausnahme in dieser Angelegenheit zur Förderung als Festbetragsfinanzierung gem. 3.7 der Richtlinien für die finanzielle Förderung von Maßnahmen durch den Kreis Segeberg.

Der Kreistag genehmigt vorsorglich gem. § 57 Kreisordnung (KrO) i.V.m. § 82 Gemeindeordnung (GO) die überplanmäßigen investiven Auszahlungen im Fachbereichsbudget II in Höhe von 185.000 €.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
Die LINKE	1			1
Gesamt	12			12

zu 5.3 Antrag der Freie Wähler-Fraktion: Projekt "Bürger helfen Bürgern"- Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements für den Katastrophenschutz Vorlage: DrS/2023/041

Herr Vollmer erläutert die Intention des Antrags. Man wolle zusätzliche Ressourcen beim Katastrophenschutz schaffen, da die meist ehrenamtlich tätigen Personen vielfach hauptberuflich sehr eingebunden seien. Hier solle Ergänzung und Unterstützung geschaffen werden und die Bereitschaft der Bürger*innen sei gegeben. Dem

vorhandene Katastrophenschutz fehle Personal.

Herr Gade erklärt, dass es besser sei, vorhandene Strukturen zu stärken, statt ein weiteres Standbein zu schaffen, denn auch hierfür sei Koordination erforderlich. Außerdem befürchte er Katastrophentourismus, der eher hinderlich als förderlich sei. Herr Schulz schließt sich dem an und ergänzt, dass Personen, die sich engagieren möchten, bereits Mitglied im DRK, der Feuerwehr oder dem THW seien. Auch Herr Krysiak vertritt die Auffassung, dass Doppelstrukturen nicht sinnvoll seien. Im Katastrophenfall sei die spontane Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung sehr hoch, wie beispielsweise die Flutkatastrophe im Ahrtal bewiesen habe. Frau Hahn-Fricke teilt mit, dass sie Probleme darin sehe, ein Parallelsystem aufzubauen, da dieses möglicherweise den bestehenden Hilfsorganisationen ehrenamtliches Personal wegnehme.

Herr Schröder fasst zusammen, dass die Idee hinter dem Antrag grundsätzlich gut sei. Es würde sich aber um ein Riesenprojekt handeln, das personelle Ressourcen für die Steuerung benötige. Zudem werde an vielen Stellen bereits bürgerschaftliches Engagement gefordert und man müsste abgestimmt vorgehen. Eventuell könne das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt eingebunden werden. Das Thema Ehrenamtlichkeit werde ohnehin begleitet, jedoch nicht im angedachten Umfang. Hierfür wäre mehr Personal notwendig.

Herr Vollmer erklärt, dass Sensibilität in der Bevölkerung geschaffen werden solle. Große Ressourcen seien aus seiner Sicht nicht notwendig. Eine kleine Runde könne ein Konzept entwickeln und mit ersten Schritten beginnen. Bürger hätten durchaus gute Fähigkeiten und Kenntnisse, sich im Ernstfall einbringen zu können. Eine ehrenamtliche Tätigkeit bei der Feuerwehr oder dem THW sei für viele Bürger zu verpflichtend. Hier gehe es darum, im Ernstfall einzuspringen. Frau Jahn entgegnet, dass der Kreis sehr gut aufgestellt sei, um auch größere Katastrophen bewerkstelligen zu können. Herr Zetzsche teilt mit, dass er entsprechende Strukturen eher in den Kommunen sehe. Die Kreisstrukturen seien hierfür zu groß.

Beschlussvorschlag:

1. Zur Ergänzung des Katastrophenschutzes, insbesondere zur Erweiterung der personellen Ressourcen im Katastrophenfall, hält der Kreis die Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements für erforderlich.
2. Das bürgerschaftliche Engagement soll unter dem Leitgedanken „Bürger helfen Bürgern“ stehen, den solidarischen Hilfsgedanken in der Mitte der Bevölkerung verankern und den Katastrophenschutz in seinen bisherigen Strukturen um die Mitwirkung weiterer Kreise der Bevölkerung koordiniert ergänzen.
3. Der Kreis setzt eine Arbeitsgruppe ein, deren Aufgabe darin besteht, ein Konzept zu entwickeln, die Rahmenbedingungen, wie rechtliche Fragen, Finanzierung und Trägerschaft zu klären und die Umsetzung zu planen. Der Arbeitsgruppe sollen Vertreter der Kreisverwaltung, der für Hilfeleistungen in Frage kommenden Un-

ternehmen bzw. ihrer Verbände, Hilfsorganisationen und Vertreter der Kreispolitik angehören.

4. Die Verwaltung wird gebeten, dem Ausschuss für Ordnung, Verkehr und Gesundheitswesen kontinuierlich über den Sachstand zu berichten und den Gremien des Kreises baldmöglichst einen entscheidungsreifen Vorschlag zur Umsetzung des Projekts unter Benennung der erforderlichen Personal- und Sachkosten zu unterbreiten.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen		2		2
FDP			1	1
AfD		1		1
Die LINKE			1	1
Gesamt		10	2	12

zu 6 Verschiedenes

zu 6.1 Informationen und Anfragen

Es gibt keine Informationen oder Anfragen.

zu 6.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Es gibt keine Anregungen für die nächste Sitzung. Frau Jahn bedankt sich bei allen Ausschussmitgliedern für die konstruktive Zusammenarbeit in der Wahlperiode. Herr Schröder dankt Frau Jahn für die jahrelange und vertrauensvolle Zusammenarbeit sowie die gute Sitzungsführung. Er überreicht Frau Jahn einen Blumenstrauß.

zu 7 Einwohnerfragestunde II

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

Die Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Rosemarie Jahn
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Frau Krüger
(Protokollführung)